



Politisch aktiv im Fairen Handel

Handreichung für Aktive zur Bundestagswahl 2013



**FORUM
FAIRER
HANDEL**

www.forum-fairer-handel.de

Liebe Aktive im Fairen Handel,

der Faire Handel ist seit seinen Anfängen politisch (s. Kapitel 1) und sein Anliegen – mehr Gerechtigkeit im internationalen Handel – bleibt hoch aktuell. Anlässlich der Bundestagswahl in diesem Jahr haben wir, das Netzwerk des Fairen Handels in Deutschland, politische Debatten identifiziert, die einen engen Bezug zu unserer eigenen Arbeit haben oder zu denen wir mit konkreten Erfahrung aus unseren Fair-Handels-Partnerschaften beisteuern können (s. Kapitel 2). In diesem Heft finden Sie unsere gemeinsamen, politischen Anliegen, denen wir gerne in den kommenden Monaten Gehör verschaffen wollen. Dabei können Sie uns unterstützen! Denn auch Sie können vor Ort oder im Netz aktiv werden! Mit diesem Heft wollen wir Ihnen sowohl praktische Möglichkeiten als auch Inhalte für die politische Arbeit aufzeigen. Nutzen auch Sie die kommenden Monate, um auf unsere gemeinsamen Anliegen aufmerksam zu machen!

Kontinuierliche Informationen und Anregungen erhalten Sie im Übrigen auch über unseren Newsletter, in den Sie sich eintragen können unter www.forum-fairer-handel.de

Über Ihre Unterstützung, aber auch über Ihr Feed-back freut sich das Team des Forum Fairer Handel!

Antje Edler

Geschäftsführerin des Forum Fairer Handel

Inhalt

1. Politische Arbeit im Fairen Handel – warum?	3
2. Aktuelle politische Themen	
- Im Überblick	4
- Entwicklungspolitik muss Kleinbäuer_innen fördern	4
- Faire europäische Landwirtschaftspolitik	7
- Preisvolatilität und Spekulation in den Griff bekommen	9
- Faire Beschaffung	11
- Transparenzpflichten für Unternehmen	12
3. Einmischen – aber wie? Anregungen für die praktische politische Arbeit	14
➤ Kampagnen	14
➤ Aktiv werden vor Ort	15
➤ Aktiv werden im Netz	16

1. Politische Arbeit im Fairen Handel – warum?

Ohne politische Arbeit ist Fairer Handel nicht denkbar. Denn der Faire Handel ist aus einem politischen Anliegen heraus entstanden: Zu Beginn vor mehr als 40 Jahren stand der Protest gegen wachsende Ungerechtigkeiten im Welthandel im Mittelpunkt. In Deutschland hatten kirchliche Jugendverbände aus Kritik an der offiziellen Entwicklungspolitik heraus die *Aktion Dritte Welt Handel* gegründet mit dem Ziel, politische Bewusstseinsbildung zu leisten – „Lernen durch Handeln“ hieß das Motto. Den ungleichen Rahmenbedingungen, die sich Handelspartnern im Süden und im Norden boten, sollte dabei eine andere Art des Handel(n)s entgegengesetzt werden.

Darüber hinaus sollte es im Fairen Handel um mehr gehen als um bloße Handelsbeziehungen, nämlich auch um eine Änderung von Lebensstil, Konsumverhalten *und* Bedingungen des Welthandels. Im Zuge der Globalisierung hat sich auch seither wenig an den ungleichen Rahmenbedingungen geändert, vielmehr wächst die Ungleichheit in vielen Gesellschaften und das nicht nur im Süden. Der politische Anspruch von damals, die Regeln des konventionellen Weltmarktes zu verändern und gerechter zu gestalten, bleibt hochaktuell. Verankert ist er in der international anerkannten Definition des Fairen Handels. Hierin schreiben Fair-Handels-Dachorganisationen WFTO und Fairtrade International: „[...] Fair-Handels-Organisationen engagieren sich (gemeinsam mit Verbraucher_innen) für [...] die Bewusstseinsbildung sowie die Kampagnenarbeit zur Veränderung der Regeln und der Praxis des konventionellen Welthandels.“

Der Verkauf fair gehandelter Waren bildet demnach *eine* Säule im Fairen Handel, während die beiden weiteren – politische Arbeit und Bildungsarbeit – nicht auf den Umsatz abzielen, sondern auf einer anderen Ebene ansetzen. Politische Arbeit im Fairen Handel hat dabei zwei Komponenten: Einerseits werden durch politische Kampagnen Konsument_innen informiert, zum Nachdenken über eigene Konsumgewohnheiten angeregt und motiviert, sich selbst zu engagieren. Andererseits bietet politische Lobbyarbeit die Chance, großflächige Veränderungen zu erreichen – indem er bei Parteien und Abgeordneten für seine Vorstellungen wirbt und Forderungen stellt.

Auch für die Politik ist der Faire Handel eine echte Chance: In unzähligen Fällen hat er bereits bewiesen, dass seine Ansätze wirken – und zwar auf allen Seiten. Als konkrete Handlungsalternative erschöpft sich der Faire Handel nicht in theoretischen Diskussionen oder abstrakten Forderungen, sondern bietet Best Practice Beispiele für nachhaltiges Wirtschaften.

Das Forum Fairer Handel ist für Fair-Handels-Organisationen in Deutschland die politische Stimme und leistet kontinuierliche Lobbyarbeit. Die Bundestagswahlen im September 2013 sind hierfür – ebenso wie die Europawahlen im Juni 2014 – eine ausgezeichnete Möglichkeit, denn sie bieten die Chance, die Belange des Fairen Handels wirkungsvoll auf der Agenda (inter)nationaler Politik zu platzieren. Das vorliegende Papier stellt eine gemeinsame inhaltliche Basis für die politische Lobbyarbeit der Fair-Handels-Akteure dar und erleichtert allen Fair-Handels-Aktiven sich in politische Diskussionen einzumischen. Es zeigt den aktuellen Handlungsbedarf auf, den das Forum Fairer Handel für die Politik in spezifischen Feldern ausgemacht hat, und soll Anknüpfungspunkte für politische Gespräche bieten. Darüber hinaus bietet es weiterführende Hinweise zu Mitmachmöglichkeiten und Aktionen sowie hilfreicher Lektüre.

2. Aktuelle politische Themen

a) Im Überblick

Als Fair-Handels-Bewegung sind wir davon überzeugt, dass die Wirtschaft den Menschen dienen muss und nicht umgekehrt. Wir sehen eine Verantwortung der Wirtschaft für die Einhaltung von Menschenrechten. Dennoch kann die weltweite Durchsetzung sozialer und ökologischer Mindeststandards nicht allein an private Wirtschaftsakteure delegiert werden. Und auch wenn wir uns als Fair-Handels-Bewegung für nachhaltigen Konsum einsetzen und davon ausgehen, dass die Konsument_innen mit ihrem Einkauf konkreten Einfluss auf Lebens- und Arbeitsbedingungen der Produzent_innen nehmen können, sehen wir gleichzeitig auch die Politik in der Pflicht, adäquate Rahmenbedingungen zu setzen, um langfristig ungerechte Handelsstrukturen zu beseitigen.

Auf fünf Politikfeldern hat das Forum Fairer Handel daher Handlungsempfehlungen für die zukünftige Bundesregierung entwickelt. Zum Teil sind sie im nationalen Kontext umsetzbar, vielfach erfordern sie eine Positionierung und Abstimmung auf europäischer oder internationaler Ebene. Das Forum Fairer Handel fordert die deutsche Politik auf, sich weltweit für faire Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Handel sowie für die Durchsetzung von ökologischen und sozialen Mindeststandards und der Menschenrechte einzusetzen.

Kernanliegen sind:

- Entwicklungspolitik muss Kleinbäuer_innen fördern und bei der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft auf Fairen Handel setzen!
- Eine faire europäische Landwirtschaftspolitik, die zu einer internationalen Agrarwende hin zu einer ökologischen Landwirtschaft beiträgt!
- Faire Preisbildung im internationalen Rohstoffhandel - Preisvolatilität und Spekulation in den Griff bekommen!
- Faire Beschaffung befördern!
- Einführung von Offenlegungspflichten für Unternehmen

b) Entwicklungspolitik muss Kleinbäuer_innen fördern

Von ungefähr einer Milliarde Menschen, die weltweit von Hunger und Armut betroffen sind, leben vier Fünftel auf dem Land. Die Mehrzahl ist in der Landwirtschaft tätig, davon über die Hälfte als Kleinbäuerinnen und -bauern sowie weitere 20 Prozent als landlose Arbeiter_innen. Hunger ist also vor allem ein ländliches Problem. Und Hunger ist ein Verteilungsproblem, denn die Landwirtschaft stellt weltweit zumindest rein rechnerisch ausreichend Nahrung für alle Menschen zur Verfügung. Allein den Hungernden mangelt es oft an Einkommen, um sich und ihre Familien mit ausreichend Lebensmitteln zu versorgen. Angesichts von Klimawandel und Bevölkerungswachstum droht sich die Ernährungssituation weiter zu verschärfen, die Landwirtschaft steht vor riesigen Herausforderungen. Nach jahrzehntelanger Vernachlässigung hat auch die Entwicklungszusammenarbeit die Landwirtschaft wieder verstärkt als Betätigungsfeld entdeckt. Der Ruf nach mehr Investitionen in den ländlichen Raum und nach einer stärkeren Kooperation mit der Privatwirtschaft ist laut.

Der Faire Handel trägt seit Jahrzehnten zu ländlicher Entwicklung im Süden bei und unterstützt Produzentengruppen und Arbeiter_innen bei Investitionen in ihre Zukunft, sei es durch langfristige Lieferbeziehungen, faire Preise und Entwicklungsprämien, durch Möglichkeiten der Vorfinanzierung, Beratung und Begleitung, z. B. bei der Umstellung auf Bio-Anbau, oder durch die Unterstützung bei der Selbstorganisation. Dabei stellt der Faire Handel insbesondere das Potential und die Leistungsfähigkeit (klein)bäuerlicher Landwirtschaft unter Beweis und unterstützt ökologische Anbaumethoden sowie die Diversifizierung und Weiterverarbeitung der Produkte. Zentral ist für den Fairen Handel das Empowerment – also die Stärkung der Rechte der Produzent_innen und deren Position in der Wertschöpfungskette. Damit steht der Faire Handel für ein Landwirtschaftsmodell, wie es auch der Weltagrарbericht empfiehlt, und unterstützt dessen Forderung nach einer internationalen Agrarwende.

*Im **Weltagrарbericht** fassten 2008 internationale Wissenschaftler_innen aller Fachrichtungen den Wissensstand über die globale Landwirtschaft zusammen. Er beschäftigt sich u. a. mit den Konsequenzen unseres aktuellen Landwirtschafts- und Ernährungssystems. Seine wichtigste Botschaft lautet, dass ein „Weiter wie bisher“ keine Option ist.*

Insbesondere setzt sich die deutsche Fair-Handels-Bewegung ein für:

- einen deutlichen **Fokus der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf die Unterstützung kleinbäuerlicher Landwirtschaft** und die Stärkung von Bauernorganisationen, Genossenschaften und Landarbeitergewerkschaften: Dazu gehören u. a. Investitionen in Agrarberatung, Weiterbildung, Capacity Building, Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel und Kleinkreditprogramme für Investitionen.
- die verstärkte **Förderung von Weiterverarbeitungskapazitäten** der Bauerngruppen und Unterstützung beim Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten;
- **Stärkung der Position der Produzent_innen** in internationalen Wertschöpfungsketten: Über die reine Einbindung in Wertschöpfungsketten hinaus gilt es vor allem, die Verhandlungsmacht der Produzent_innen zu stärken, z. B. durch die Unterstützung von Genossenschaften, anderen Bauernzusammenschlüssen und Gewerkschaften;
- eine **stärkere Beteiligung von Kleinbäuer_innen** und ihren Organisationen bei der Entwicklung von Landwirtschaftspolitik im Allgemeinen und von Landwirtschaftsprojekten der Entwicklungszusammenarbeit im Besonderen: Kleinbäuer_innen haben in den meisten Fällen keine Lobby, umso vordringlicher ist es, dass die deutsche Bundesregierung auf ihre Beteiligung und Teilhabe drängt.
- einen **Förderschwerpunkt auf lokal angepasste Agrarforschung**, insbesondere was Anpassungsstrategien an den Klimawandel anbetrifft: Dabei sollten traditionelles Wissen der Landwirt_innen und deren Beobachtungen der klimatischen Veränderungen mit Erkenntnissen der Agrarforschung zusammenfließen. Gentechnisch verändertes Saatgut lehnt der Faire Handel ab und sieht darin auch kein Allheilmittel gegen die Klimaveränderungen. Ansatzpunkte sollten vor allem der Erhalt der Biodiversität und die Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit (wie insbesondere im ökologischen Landbau praktiziert) sein.
- die **Verstetigung des Weltagrарberichtes**: Der Weltagrарbericht entstand unter weltweiter Mitwirkung von über 400 Wissenschaftler_innen und im Auftrag der Weltbank und der

Vereinten Nationen. Parallel zum Prozess um den Klimabericht der Vereinten Nationen sollte der 2008 abgeschlossene Diskussionsprozess verstetigt werden.

- die **Förderung von Fair-Handels-Organisationen** im Süden durch die Entwicklungszusammenarbeit: Dazu gehören z. B. die Unterstützung von Klimaanpassungsmaßnahmen und Investitionen in Weiterverarbeitung und Entwicklung des Süd-Süd-Handels.
- im Dialog und bei der Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Akteuren einen deutlichen **Schwerpunkt auf Fairen Handel als Best Practice-Ansatz des nachhaltigen Wirtschaftens**.

Weiterführende Literatur und hilfreiche Internet-Links:

www.forum-fairer-handel.de unter Fairer Handel > politische Anliegen > Ernährungssicherheit:

- [Hintergrundpapier](#) des Forum Fairer Handel: **Der Beitrag des Fairen Handels zu ländlicher Entwicklung** (Dezember 2010)
- [Diskussionspapier](#) des Forum Fairer Handel zu einer besseren **Verzahnung von Entwicklungszusammenarbeit und Fairem Handel** (Juni 2011)

www.fairtrade-deutschland.de

- [Zusammenfassung](#) einer von Fairtrade Deutschland und der Max Havelaar-Stiftung Schweiz in Auftrag gegebenen Studie, die die **Wirkung von Fairtrade auf ländliche Entwicklung und Armutsreduktion** in unterschiedlichen Regionen und bei verschiedenen Produkten untersucht. (Oktober 2012)

www.weltagrарbericht.de:

Die Seite zum **Weltagrарbericht** ist das Plädoyer für eine globale Agrarwende. Eine sehr informative und übersichtliche [Zusammenfassung](#) der Ergebnisse des Berichts gibt es unter Downloads.

www.forumue.de:

Mit dem Forum Umwelt und Entwicklung arbeitet das Forum Fairer Handel zu den Themen Handel sowie Landwirtschaft und Ernährung zusammen. Unter Publikationen zum Arbeitsbereich Landwirtschaft und Ernährung finden sich aktuelle Papiere, unter anderem die [Studie ‚Business Case‘ Hungerbekämpfung](#) (Januar 2013). Sie beleuchtet den fragwürdigen Beitrag von Agribusiness und Nahrungsmittelindustrie zur Ernährungssicherheit. Ebendort ein [Forderungspapier](#) (Januar 2013), in dem das Forum Umwelt und Entwicklung den Rückzug der Bundesregierung aus der **G8-Initiative „New Alliance for Food Security and Nutrition in Africa“** fordert. Diese Initiative ebnet den Weg für eine radikale Öffnung afrikanischer Länder für internationale Saatgut- und Agrarkonzerne.

www.oxfam.de

Oxfam arbeitet zu Welternährung, Landwirtschaft sowie Unternehmen und Menschenrechte. Der [Oxfam-Bericht Tipping the balance](#) (Dezember 2012, engl.) zeigt, dass Regierungen und Organisationen in der Agrarförderung zu viel Aufmerksamkeit auf gute Rahmenbedingungen für private Investitionen von Unternehmen und zu wenig auf die Förderung kleinbäuerlicher Wirtschaftsweisen legen. Die wichtigsten Thesen des Berichts wurden [auf Deutsch zusammengefasst](#).

www.boelw.de

Auf aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse gestützt, bieten die **Bio-Argumente** (Oktober 2012) des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft die Möglichkeit, die gesellschaftliche Diskussion über „Bio“ zu versachlichen und Vorurteilen angemessen zu begegnen.

www.inkota.de

Ein vielfältiges INKOTA-Dossier zum Thema **Ernährung global – unsere Welt zwischen Hunger und Überfluss** (2011) kann unter diesem Link bestellt werden. www.inkota.de/material/suedlink-inkota-brief/158-ernaehrung-global

c) Faire europäische Landwirtschaftspolitik

Die europäische Agrarpolitik ist nach wie vor widersprüchlich: Einerseits nimmt sie für sich den Schutz ihrer Landwirtschaft und insbesondere ihrer Ernährungsindustrie in Anspruch. Andererseits drängt sie Entwicklungs- und Schwellenländer bei den bilateralen und multilateralen Handelsabkommen zur weitgehenden Marktöffnung für europäische Agrarprodukte mit dem Risiko, damit lokale Märkte im Süden zu zerstören und Kleinbauern und Kleinbäuerinnen zu verdrängen. Die EU ist der weltweit größte Agrarexporteur. Diese Stellung zu halten und auszubauen, ist derzeit erklärtes Ziel der EU-Agrarpolitik.

Bei der aktuellen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und darüber hinaus sollte sich die Bundesregierung für einen Kurswechsel auf europäischer Ebene einsetzen. Die internationale Verantwortung der EU muss in der GAP verankert werden, wie es das Kohärenzgebot in den EU-Verträgen¹ und die international eingegangene Verpflichtung im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen gebieten:

- Es sollte ein regelmäßiges **Monitoring der Auswirkungen der GAP auf die Märkte im Süden** geben sowie einen **Beschwerdemechanismus für Produzent_innen in Entwicklungsländern**. Dieser soll es den Staaten und zivilgesellschaftlichen Organisationen der Entwicklungsländer ermöglichen, Fälle von unfairen Handelspraktiken der EU bekannt zu machen.
- Die **Agrarexportsubventionen** müssen als Instrument komplett aus der Gemeinsamen Marktordnung gestrichen werden.
- Maßnahmen zur Förderung der internationalen **Wettbewerbsfähigkeit** müssen gestrichen werden. Insbesondere Investitionsbeihilfen zur Kapazitätssteigerung in exportorientierten Bereichen, wie z.B. der Schweinehaltung, Milch- und Geflügelproduktion, sind abzuschaffen.²
- Es bedarf adäquater Rahmenbedingungen, damit Bäuerinnen und Bauern in Zukunft wieder **faire Preise** für ihre Erzeugnisse erhalten und nicht mehr in so hohem Maße auf Subventionen angewiesen sind. Subventionen sollten an strikte soziale und ökologische Kriterien gebunden werden.

¹ Die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Lissabon legen im Sinn der Entwicklungspolitik ein Kohärenzgebot fest. Hierin ist die Verbindung von Handel und Menschenrechten verankert.

² Gerade in diesen Bereichen ermöglichen Subventionen, dass durch hoch industrialisierte Massentierhaltung Überschüsse billig erzeugt und exportiert werden.

Weiterführend Literatur und hilfreiche Internet-Links:

www.oekoplusfair.de

Die aktuelle Kampagne von Weltladen-Dachverband und Naturland bietet aktuelle Informationen und Aktionen zum Thema (siehe auch Kapitel 3 „Kampagnen“).

www.meine-landwirtschaft.de:

Hier gibt es aktuelle Nachrichten zum Stand der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (siehe auch Kapitel 3 „Kampagnen“).

www.ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/index_de.htm:

Offizielle Seite der Europäischen Kommission zur gemeinsamen Agrarpolitik

www.kritischer-agrarbericht.de

Der kritische Agrarbericht (Januar 2013) dokumentiert jedes Jahr die gesamte thematische Breite der agrarpolitischen Debatte vor dem Hintergrund der europäischen und weltweiten Entwicklung. Der kritische Agrarbericht 2013 ist bereits als Buch erhältlich; ab Mai steht er auch im Netz bereit.

www.globe-spotting.de/home.html:

Informativer Nachrichtendienst mit Reportagen und Analysen u. a. zu den Themen Landwirtschaft und Agrarpolitik.

Weitere NGOs mit einem Schwerpunkt auf Fragen der Welternährung und Landwirtschaftspolitik und Informationen hierzu auf ihren Homepages sind [Germanwatch](#), [Misereor](#) und [Brot für die Welt](#).

d) Preisvolatilität und Spekulation in den Griff bekommen

Sowohl zu niedrige als auch spekulativ getriebene, oft kurzfristige Spitzenpreise gehen an der Zielsetzung des Fairen Handels vorbei, den Produzent_innen stabile Rahmenbedingungen zu sichern, die eine soziale, ökologische und wirtschaftlich nachhaltige Produktion erlauben.

Exzessive Spekulationen an den Agrarmärkten verteuern Nahrungsmittel in Hochpreisphasen zusätzlich und verstärken Preisschwankungen. Dies hat negative Auswirkungen insbesondere auf diejenigen Haushalte, die einen sehr hohen Anteil ihres Einkommens für Essen ausgeben: Während die Ausgaben für Nahrungsmittel in Industrienationen ungefähr 10 Prozent des Einkommens ausmachen, sind es in weniger entwickelten Ländern bis zu 80 Prozent.

Aber auch für viele Wirtschaftsakteure haben extreme Preisschwankungen negative Konsequenzen. Durch die dominante Rolle von Finanzinvestoren auf den Rohstoffderivatmärkten³ drohen diese, ihre wichtigen Funktionen als Risikoabsicherung und Preissignal für kommerzielle Händler zu verlieren. Exzessive Preisschwankungen bergen große Risiken, (vor allem) auch für Bauernkooperativen in den Ländern des Südens, die die Produkte von ihren Mitgliedern ankaufen und an Händler weiterkaufen.

Das Forum Fairer Handel setzt sich daher für eine stärkere Regulierung der Rohstoffmärkte und für weitere Maßnahmen zu deren Stabilisierung ein:

- Es bedarf einer größeren **Transparenz von Fundamentaldaten**⁴ zu globaler landwirtschaftlicher Produktion, Konsum und Lagerhaltung.
- Der weitgehend unregulierte **außerbörsliche (OTC) Handel**⁵ sollte **reduziert** und der Handel an regulierte, transparente Börsen zurückgeholt werden.
- Es sollte eine **mehrstufige Transaktionssteuer**⁶ auf den Handel mit Rohstoffderivaten eingeführt werden, um spekulative Handelsaktivitäten zu reduzieren und Preise zu stabilisieren. Bei einem mehrstufigen System würde eine niedrige Steuer auf alle Transaktionen anfallen (0,01-0,1%). Ein hoher Steuersatz (50-100%) würde anspringen, sobald Preisschwankungen über einen flexibel festlegbaren Wert hinausgehen. Dadurch würden langsame Preisanpassungen ermöglicht, aber kurzfristige spekulative Geschäfte verteuert und starke kurzfristige Ausschläge verhindert.
- Auf den Rohstoffderivatmärkten muss **größere Transparenz zu Positionen von unterschiedlichen Händlerklassen** (nicht nur für einzelne Händler) hergestellt werden. Hierfür bedarf es strenger Melde- und Berichtspflichten in Echtzeit sowie öffentlicher Berichte zu Positionen unterschiedlicher Händlerklassen.

³ Der Begriff Rohstoffderivatmarkt bezeichnet den Markt, auf dem statt der physischen Rohstoffe ihre Finanzprodukte gehandelt werden (Optionen, Zertifikate etc.).

⁴ Fundamentaldaten bezeichnen das physische oder reale Angebot von Rohstoffen und die Nachfrage.

⁵ OTC-Handel: Die Rohstoffe, die nicht real auf physischen Märkten, sondern „in die Zukunft hinein“ gehandelt werden, werden entweder auf sogenannten Warenterminbörsen oder aber außerhalb der Börse gehandelt. In letzterem Fall ist auch von OTC-Handel (vom englischen „over the counter“) die Rede. Der OTC-Handel ist nicht standardisiert und daher sehr flexibel; er ist aber absolut intransparent und entzieht sich weitgehend der Finanzaufsicht und Regulierung. Er wird daher auch als „Schattenmarkt“ bezeichnet.

⁶ Eine Transaktionssteuer ist eine Steuer auf jegliche Finanzbewegungen. Ursprünglich wurde sie entwickelt zur Besteuerung kurzfristiger Kapitalströme.

- **Exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln** muss durch sehr strenge Positionslimits⁷ für einzelne Händler und Händlerklassen **unterbunden** werden. Für kommerzielle Händler sollte es klar definierte Ausnahmen geben.
- Diese Obergrenzen für den Handel mit Derivaten, was Produkt, Höhe und Laufzeit betrifft, sollten nicht von einzelnen Handelsplätzen, sondern auf nationaler und idealerweise auch regionaler und globaler Ebene von **Regulierungsbehörden** gesetzt werden. Insgesamt müssen Regulierungsbehörden gestärkt werden. Im Rahmen der Vereinten Nationen sollte eine *Global Intelligence Unit* geschaffen werden, die die Rohstoffderivatmärkte überwacht sowie Regulierungen auf nationaler Ebene koordiniert.

Weiterführend Literatur und hilfreiche Internet-Links:

www.forumfairerhandel.at und www.forum-fairer-handel.de

Ein [Hintergrundpapier des Forum Fairer Handel Österreich](#) (Juni 2012) untersucht die Veränderungen der Rohstoffmärkte insbesondere in ihren Auswirkungen auf Produzent_innen des Fairen Handels und gibt politische Empfehlungen. Das Forum Fairer Handel Deutschland hat für seine Jahrespressekonferenz im vergangenen Jahr wesentliche Informationen der Studie zusammengefasst und in einem [Fact-Sheet](#) veröffentlicht.

www.oxfam.de

Die sehr übersichtliche [Publikation „Mit Essen spielt man nicht!“](#) (2012) beleuchtet insbesondere die Aktivitäten deutscher Finanz- und Versicherungsunternehmen in der Nahrungsmittelspekulation. Außerdem hat Oxfam [Fragen und Antworten zum Thema Nahrungsmittelspekulation](#) (November 2012) zusammengestellt und geht auf der Homepage auf Stimmen ein, die der Spekulation keine negativen oder sogar positive Folgen unterstellen.

www.foodwatch.de

Auch Foodwatch hat [Fragen und Antworten](#) zum Thema Nahrungsmittelspekulation auf seiner Homepage zusammengestellt und geht dabei vor allem auf die eher ungewohnten Begriffe ein. Hier gibt es außerdem ständig aktualisierte Nachrichten und Online-Appelle zum Thema.

www.misereor.de:

Misereor beschäftigt sich intensiv mit den Themen Weltagrarhandel und Lebensmittelpreise. In dem [Papier „Unschuldsmymen. Wie die Nahrungsmittelspekulation den Hunger anheizt“](#) (2011) widerlegt Börsenexperte Dirk Müller die These von der „produktiven Funktion“ der Spekulation.

www.weed-onlien.org

Finanzmarktregulierung ist ein Schwerpunktthema für WEED. Eine gute Einführung in das sehr komplexe Thema Rohstoffspekulation bietet der animierte [Kurzfilm „Nahrungsmittelspekulation“](#). Der **Beitrag** von Markus Henn **zum Kritischen Agrarbericht** (2012) [Brot für die Börse](#) reflektiert die Wirkung von Rohstoffspekulation auf Landwirtschaft und Ernährung. Daneben bietet WEED auch [Unterrichtsmaterialien](#) für die Sekundarstufe 2 zu diesem Thema. (Dezember 2012)

⁷ Positionslimits können die maximale Anzahl an Terminkontrakten begrenzen, die von Einzelnen oder Gruppen von Akteuren gehalten werden. Dadurch wird eine zu hohe Marktkonzentration verhindert und exzessiver Spekulation vorgebeugt.

e) Faire Beschaffung

Die Öffentliche Hand in Deutschland kauft jährlich Waren und Dienstleistungen im Wert von rund 360 Mrd. €, das sind ca. 16 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Damit haben öffentliche Auftraggeber eine deutliche Einkaufsmacht. Es macht einen großen Unterschied, ob sie nur dem billigsten Angebot den Zuschlag erteilen, oder auch die Sozial- und Umweltkosten mit berechnen, die die Gesellschaft sonst anderweitig tragen muss. Die Öffentliche Hand sollte beim Einkauf von Waren und Dienstleistungen ein deutliches Signal setzen gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen, Lohndumping, Kinderarbeit und Umweltverschmutzung. Sie sollte dafür sorgen, dass fortschrittliche Unternehmen, die Sozial- und Umweltstandards einhalten, vor unfairem Wettbewerb geschützt sind.

Aktuell wird die Vergaberichtlinie der Europäischen Union reformiert. Sowohl in diesem europäischen Diskussionsprozess als auch bei der Umsetzung der Änderungen in deutsches Recht besteht die große Chance, soziale Kriterien bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen leichter anwendbar und durchsetzbar zu machen, indem Rechtsklarheit für faire Beschaffung geschaffen und die Bezugnahme auf soziale Kriterien erleichtert wird.

Das Forum Fairer Handel setzt sich dafür ein, dass zukünftig

- bei der **Auftragsvergabe nicht der niedrigste Preis ausschlaggebend** ist, sondern die gesamten Lebenszykluskosten eines Produktes in die Bewertung eines Angebotes einbezogen werden müssen. Dazu gehören neben Umwelt- und Klimaauswirkungen auch die sozialen Kosten der Produktion, und zwar entlang der gesamten Lieferkette.
- **Herstellungsbedingungen in die Beschreibung des Auftragsgegenstandes**, konkret in die technischen Eigenschaften, **integriert werden können**. Sie sollten über die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen hinaus auch die Zahlung existenzsichernder Löhne⁸ sowie ausreichenden Gesundheitsschutz umfassen.
- **Beschaffer unabhängige** und weitreichende **Nachweise**, wie Verifizierungen, Labels und Zertifikate **einfordern dürfen**.
- bei der Eignungsprüfung der Anbieter bereits die **Expertise in der Gestaltung nachhaltiger Zulieferketten** eingefordert wird.
- **Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Unternehmen**, die den Zuschlag für einen Auftrag erhalten haben, aber ihre Verpflichtungen zur Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards nicht nachkommen, Sanktionen verhängt werden können, z. B. Vertragsstrafen, Ausschluss von zukünftigen Bieterverfahren.

Um die Beschaffer in den öffentlichen Verwaltungen bei der nachhaltigen Beschaffung zu unterstützen, sollte die neu eingerichtete **Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung**⁹ mit ausreichend Ressourcen ausgestattet werden. Eine Bündelung der Ressourcen von unterschiedlichen Ministerien ist sinnvoll. Der **Kompass Nachhaltigkeit**, als ein Unterstützungsinstrument für

⁸ Existenzsichernde Löhne oder sog. living wages gehen über die in den ILO-Kernarbeitsnormen geforderten gesetzlich festgelegten Mindestlöhne hinaus.

⁹ Die Kompetenzstelle ist im Bundesinnenministerium angesiedelt. Ihre zentrale Aufgabe ist die Information und Beratung zur nachhaltigen Beschaffung. Siehe auch www.bundestag.de/presse/hib/2012_06/2012_284/02.html.

öffentliche Beschaffer, sollte weiterentwickelt werden. Insbesondere sollten die darin enthaltenen Zertifizierungssysteme auch einer qualitativen Bewertung unterzogen werden.¹⁰

Die Bundesregierung sollte **mehr Transparenz über die Öffentliche Beschaffung** und insbesondere über nachhaltige Beschaffung herstellen. Es gibt bislang keine verlässlichen Zahlen zum Beschaffungsvolumen, geschweige denn zu der Anzahl der Ausschreibungen, bei denen ökologische und soziale Kriterien einbezogen wurden. Für eine strategische Beschaffung bedarf es eines besseren Monitorings, z. B. mit einem jährlichen Bericht der Bundesregierung zur nachhaltigen Beschaffung.

Weiterführend Literatur und hilfreiche Internet-Links:

www.cora-netz.de:

Das Forum Fairer Handel arbeitet mit dem CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung („Corporate Accountability“) zu Fairer Beschaffung sowie Rechenschafts- und Publizitätspflichten von Unternehmen zusammen. Die Homepage bietet aktuelle Informationen, Positionspapiere und Aktionen zum Thema faire Beschaffung.

www.fairtrade-advocacy.org

Auch das Lobbybüro des Fairen Handels in Brüssel arbeitet zum Thema Beschaffung. Die Materialien auf der Homepage bieten Einblick vor allem in die europäische Diskussion.

www.ci-romero.de

Kampagnenmaterial und Informationen zu fairer Beschaffung, vor allem aber nicht nur auf lokaler Ebene bietet die Christliche Initiative Romero auf ihrer Homepage.

f) Transparenzpflichten für Unternehmen

Für Großunternehmen bestehen bereits heute Pflichten zur Veröffentlichung von Bilanzdaten, nicht aber zur Publikation von Informationen, die auch eine Abschätzung und vergleichende Bewertung ihrer sozialen und ökologischen Leistungen bzw. Risiken erlauben würden. Ohne derartige Daten sind aber die Nachfrager (Verbraucher_innen, Investoren, das öffentliche Beschaffungswesen) nicht in der Lage, ihre Entscheidungen im Sinne sozialer und ökologischer Zielsetzungen zu optimieren. Vereinzelt Ansätze einer freiwilligen Publizität können dieses Problem nicht lösen, sind sie doch unsystematisch, untereinander kaum vergleichbar und nicht extern verifiziert. Deshalb setzt sich das Forum Fairer Handel für sanktionsbewehrte Publizitätspflichten für ökologische und soziale Unternehmensdaten ein.

Auf europäischer Ebene ist eine Rechtsvorschrift zu verbindlichen Offenlegungspflichten für Unternehmen geplant. Die deutsche Bundesregierung sollte das Vorhaben aktiv vorantreiben und sich insbesondere dafür einsetzen, dass:

¹⁰ Eine Stellungnahme des CorA-Netzwerkes zum Kompass Nachhaltigkeit gibt es unter www.cora-netz.de/wp-content/uploads/cora-stellungnahme-kompass-nachhaltigkeit.pdf.

- Unternehmen in Zukunft dazu verpflichtet werden,
 - a) **Informationen zur Unternehmenspraxis** in Bezug auf Arbeitnehmer- und Menschenrechte, Korruption, Lobbyaktivitäten sowie Umwelt- und Klimaschutz bei sich, ihren Tochterunternehmen und ihren Lieferanten **zu veröffentlichen**. Zentrale Informationen zu Arbeitsbedingungen sind z. B. solche zu Gewerkschafts- und Tarifrechten, Arbeitszeiten und Löhnen.
 - b) ihre **Unternehmensstruktur, Lieferanten und Produktionsstandorte offenzulegen** und die Herkunft ihrer Produkte zu kennzeichnen;
- **unabhängige Stellen** die veröffentlichten Informationen regelmäßig **überprüfen**;
- **Verstöße gegen die Offenlegungspflicht** bzw. Falschinformationen **mit Sanktionen belegt** werden.

Mit den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte wurde 2011 eine weithin akzeptierte Grundlage für die Verantwortung von Staaten und Unternehmen für die Menschenrechte geschaffen. Vom Staat werden klare Rahmenbedingungen eingefordert, damit es nicht zu Menschenrechtsverletzungen kommt. Unternehmen sollen die gebotene Sorgfalt aufbringen, um sicherzustellen, dass sie nicht zu Verletzungen beitragen. Daraufhin sollen interne Arbeitsbedingungen, Zulieferer oder auch ein Landkauf auf die Einhaltung der Menschenrechte abgeklopft werden.

Die Europäische Kommission hat die Mitgliedsstaaten aufgerufen, Aktionspläne zur Umsetzung aufzustellen. Das Forum Fairer Handel setzt sich für eine ambitionierte **Umsetzung der Leitprinzipien** in Deutschland ein:

- **Unternehmen sollten dafür haftbar gemacht werden, wenn sie** im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit die **Menschenrechte verletzen** oder deren Verletzung billigend in Kauf nehmen, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit;
- Menschen aus dem Süden, deren Menschenrechte durch deutsche Unternehmen verletzt werden, sollten in Deutschland einen erweiterten Zugang zu Rechtsmitteln und **Beschwerdemöglichkeiten** erhalten.

Weiterführend Literatur und hilfreiche Internet-Links:

www.cora-netz.de

Im CorA-Netz arbeiten NGOs zum Thema Transparenzpflichten für Unternehmen und insbesondere zu den UN-Richtlinie für Wirtschaft und Menschenrechte zusammen. Aktuelle Publikationen und Positionen werden auf der Homepage veröffentlicht.

www.inkota.de

Ein komplettes **INKOTA-Dossier** (2012, 28 Seiten) zum Thema **Unternehmensverantwortung – Chancen und Grenzen eines umstrittenen Konzepts** kann bestellt werden. Der **Artikel Virtuose Ablenkmänöver** (2012) der Südlink-Redakteurin Christina Felschen beleuchtet CSR-Strategien bei verschiedenen Unternehmen.

www.germanwatch.de

Germanwatch bietet auf seiner Homepage zum Themenbereich Unternehmensverantwortung aktuelle Informationen. Im Juli 2012 haben Germanwatch und Misereor gemeinsam [Anforderungen an den Umsetzungsprozess der 2011 beschlossenen UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte](#) erarbeitet. Als besonderer Fokus werden Staatenpflichten und Beschwerdemöglichkeiten herausgearbeitet

www.fes.de

Die [Studie Soziale Indikatoren in Nachhaltigkeitsberichten](#) (November 2012) im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung untersucht, wie gut freiwillige Nachhaltigkeitsberichte von Unternehmen sind und kommt zum Ergebnis, dass verpflichtende Offenlegungspflichten notwendig sind.

Weitere NGOs, die zu Menschenrechten und Unternehmen arbeiten und aktuelle Informationen auf ihren Internetseiten bieten, sind [Oxfam](#) und [Misereor](#).

3. Einmischen – aber wie? Anregungen für die praktische politische Arbeit

Die vorangegangenen Kapitel haben den Handlungsbedarf aufgezeigt, den das Forum Fairer Handel in den Bereichen Landwirtschaftsförderung in der Entwicklungspolitik, Agrarpolitik, Preisstabilität auf Rohstoffmärkten sowie faire Beschaffung und Unternehmensverantwortung ausgemacht hat. Die Fair-Handels-Bewegung wird die zukünftige Bundesregierung daran messen, wie intensiv sie sich für faire Rahmenbedingungen in Wirtschaft und Handel einsetzt.

Die Zeit vor den Bundestagswahlen bietet aber auch für alle im Fairen Handel Aktive *die* Möglichkeit, mit den Forderungen des Fairen Handels in einer breiten Öffentlichkeit und bei Politiker_innen Gehör zu finden. Ob kreative Straßenaktionen, Online-Appelle, Unterschriftensammlungen, Diskussionen mit Abgeordneten und vieles mehr – hier finden Sie Anknüpfungspunkte und Ideen, wie Sie vor Ort aktiv werden können.

Bundesweite Kampagnen

Die Kampagne **Öko + Fair ernährt mehr!** von Weltladen-Dachverband und Naturland plant für 2013 eine zentrale Unterschriftenaktion. 100.000 Unterschriften sollen für die Rechte von Kleinbäuer_innen, für die Förderung kleinbäuerlicher Wirtschaftsweisen und für eine umwelt- und klimafreundliche Lebensmittelproduktion gesammelt und der neuen Bundesregierung im Herbst überreicht werden. Startschuss ist der Weltladentag am 11. Mai, gesammelt wird bis zum Ende der Fairen Woche am 27. September. www.oekoplusfair.de

Die Kampagne **Meine Landwirtschaft**, getragen von einem breiten Bündnis aus vielen gesellschaftlichen Bereichen, setzt sich für eine bessere EU-Agrarpolitik ein. Sie vernetzt bestehende Akteure, führt aber auch eigene Aktionen durch. Auch kurz vor den Bundestagswahlen wird es eine größere Aktion geben. Genauereres hierzu wird auf der Homepage www.meine-landwirtschaft.de rechtzeitig veröffentlicht. Dort finden sich darüber hinaus viele unterschiedliche Einzelinitiativen und –aktionen, die es sich anzuschauen lohnt.

Weitere Kampagnen, die sich mit Fair-Handels-relevanten Themen befassen:

- www.makefruitfair.de

Kampagne für nachhaltigen Bananen- und Ananashandel, bei der man sich u. a. mittels Eilaktionen beteiligen kann. Die Kampagne wird von BanaFair in Zusammenarbeit mit europäischen Nicht-Regierungs-Organisationen und internationalen Partnern getragen.

- www.kleinbauernrechte-jetzt.de

Kampagne von FIAN, die sich für die Stärkung von Kleinbauernrechten durch eine Menschenrechtskonvention einsetzt, u. a. durch Online-Appelle.

- www.oxfam.de/mahlzeit

Kampagne „Mahlzeit“ von Oxfam, die sich für ein neues Ernährungszeitalter stark macht. Bisher gab es u. a. Online-Appelle gegen Nahrungsmittelspekulation sowie Aktionen gegen Landgrabbing.

- www.supermarktmacht.de

Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften, der sich mit dem Missbrauch der Einkaufsmacht von Supermarktketten beschäftigt. In Kooperation mit dem CorA-Netzwerk fordern sie mit der Transparenzkampagne eine gesetzliche Offenlegungspflicht für Unternehmen.

- www.campact.de

Auch die Online-Plattform campact startet regelmäßige Kampagnen zu aktuellen Themen wie „Mit dem Essen zockt man nicht!“ gegen Nahrungsmittelspekulation. Neben dem Unterzeichnen von Online-Appellen kann man sich auch vor Ort an Aktionen oder Demonstrationen beteiligen.

- www.slowfood.de

Ebenfalls Schnittmengen gibt es mit der internationalen Slow Food-Bewegung, bspw. bei der Kampagne gegen Lebensmittelverschwendung „Teller statt Tonne“.

Aktiv werden vor Ort

Konkrete Möglichkeiten, sich vor Ort in das politische Geschehen einzubringen, bieten aber nicht nur Kampagnen. Egal ob im „wirklichen Leben“ oder (zunächst) per Web 2.0 – es gibt viele Möglichkeiten, aktiv zu werden. Hier finden Sie Aktionsleitfäden oder Hilfestellungen für eigene Veranstaltungen und Aktionen:

Das **Forum Fairer Handel** wird nach der Veröffentlichung der *politischen Wahlprogramme* im Frühjahr die Positionen der Parteien in Hinblick auf die Anliegen des Fairen Handels *analysieren* und auf seiner Homepage unter www.forum-fairer-handel.de veröffentlichen. Die Analysen können u. a. einen guten Hintergrund für Diskussionsveranstaltungen mit Abgeordneten des Wahlkreises bieten.

Die Bundestagswahl liegt in diesem Jahr genau in der Fairen Woche, die vom 13. bis zum 27. September stattfindet. Das bietet gute Möglichkeiten, politische Aktionen wie beispielsweise ein Faires Frühstück oder einen Produzent_innenbesuch mit einer Diskussion mit einem Wahlkreisabgeordneten zu verbinden. Im **Aktionsleitfaden der Fairen Woche** gibt es jedes Jahr zahlreiche Aktionsvorschläge. Der Aktionsleitfaden steht ab Mai unter www.fairewoche.de zum Download bereit.

Auch das **Begleitheft der Kampagne Öko + Fair ernährt mehr! (zu bestellen beim Weltladen-Dachverband)** enthält detaillierte Aktionsvorschläge. Einer davon ist, das Thema Welternährung mit Hilfe einer überdimensionalen „Bodenzeitung“ wortwörtlich auf die Straße zu bringen. Darüber hinaus gibt es Ideen, wie eine Podiumsdiskussion mit Wahlkandidat_innen organisiert und gestaltet werden kann. Mehr dazu unter www.weltladen.de → Informationen für Weltläden. Ausführliche Tipps zum Thema Bodenzeitung gibt es außerdem unter www.nafroth.com.

Viele spannende Anregungen zu kreativem Straßenprotest finden sich auch hier: www.go-stop-act.de. Flashmobs, Straßentheater, Street Art und viele andere können jenseits von Infotischen einen ganz neuen, wirkungsvollen Zugang zu politischer Einmischung bedeuten. Es werden auch Workshops und Trainings angeboten.

Die VENRO-Kampagne **Deine Stimme gegen Armut** beschreibt auf ihrer Homepage einen Foodgrabbing-Flashmob, der sehr wirkungsvoll sein kann. Den kompletten Aktionsleitfaden sowie gute Ideen für weitere Aktionen gibt es unter http://www.deine-stimme-gegen-armut.de/fileadmin/BILDER/doc/Kampagne/Aktionsleitfaden_2012_final.pdf.

Auch auf der Homepage von **Make fruit fair!** kann unter Mitmachen! → Ihre Kampagnenaktion eine Anleitung mit zahlreichen Aktionsvorschlägen heruntergeladen werden.

Misereor wird auf seiner Homepage mehrere sog. **Tool-Kits** mit den Kernforderungen zur Bundestagswahl veröffentlichen. Enthalten sind Tipps, Ideen und Materialien für die Organisation von Gesprächen und öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen, die es erleichtern sollen, informiert und kompetent mit dem Wahlkreisabgeordneten zu diskutieren. Das bereits bestehende Tool-Kit zum Thema Hunger kann hier eingesehen werden: www.misereor.de/aktionen/fastenaktion-hunger/aktionsimpulse2013.html. Weitere sind zu den Themen Klima und Rohstoffe geplant.

Tipps und Anregungen speziell für Jugendliche bietet die **Website des Bund der deutschen katholischen Jugend (BDKJ)** www.kritischerkonsum.de unter Kampagne → Politik → Politik zu kritischem Konsum aufrufen – Aktionsideen.

Aktiv werden im Web 2.0

Die Kampagne **Deine Stimme gegen Armut von VENRO** stellt die Bundestagswahl dieses Jahr ins Zentrum ihrer Aktivitäten. Unter dem Motto „Soziale Gerechtigkeit – bei uns und weltweit“ wird ein **Online-Stimmungstool** erstellt, mit dem Interessierte während des Wahlkampfes ihre Kandidat_innen kontaktieren und bezüglich sozialer Gerechtigkeit befragen können. Sobald die Wahlprogramme der Parteien veröffentlicht sind, wird ein Aktionsteam diese außerdem analysieren und die Ergebnisse veröffentlichen. Aktuelles finden Sie unter www.deine-stimme-gegen-armut.de.

Misereor wird einen Wahl-O-Maten mit entwicklungspolitischem Fokus auf Ihrer Website zur Verfügung stellen: www.misereor.de. Ein weiterer Wahl-O-Mat wird auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung zur Verfügung stehen: www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat.

Unter www.abgeordnetenwatch.de können Bürger_innen ihre Kandidat_innen im Wahlkampf befragen. Zudem bietet der **Kandidaten-Check** die Möglichkeit, eigene Einstellungen unmittelbar mit den Positionen der Kandidierenden zu vergleichen. Interessierte beantworten dazu selbst Thesen zu politisch relevanten Thesen und erfahren daraufhin, welche Kandidat_innen mit ihnen übereinstimmen.

Die meisten Kampagnen und Initiativen haben außerdem eine gut ausgebaute Social-Media-Präsenz. Sie informieren auf **YouTube, Facebook, Twitter und flickr** über neueste Nachrichten und ihre Aktionen bzw. bieten die Möglichkeit, sich selbst zu beteiligen. Teilweise gibt es auch eigene **Blogs**.

Impressum:

Herausgeber: Forum Fairer Handel e.V., Chausseestr. 128/129, 10115 Berlin, Tel.: 030/28040588, Email: info@forum-fairer-handel.de, Text/Redaktion: Francisca Busch / Antje Edler, bereitgestellt als pdf-Dokument, Februar 2013

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich. Die Broschüre wurde erstellt mit finanzieller Unterstützung von

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Brot
für die Welt

MISEREOR
IHR HILFSWERK